

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg – Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

25.01.2023

MdL Jeannine Rösler

TOP 1

Aktuelle Stunde

**Mecklenburg-Vorpommern meistert gemeinsam die Zeitenwende –
mit Energiesicherheit und Zukunftsinvestitionen**

(auf Antrag der Fraktion der SPD)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

das Wort Zeitenwende ist untrennbar verbunden mit dem Entsetzen über den Angriffskrieg auf die Ukraine und dessen scharfe Verurteilung. Das Wort Zeitenwende und vor allem die ganz aktuelle Entwicklung sind verbunden mit der Angst und Verunsicherung der Menschen – der Angst vor einer Ausweitung des Krieges, der Angst vor einem möglichen Atomkrieg. Die sogenannte Zeitenwende hat Aufrüstung in Deutschland und Europa in Gang gesetzt, die Logik des Militärischen und der Kriegsproduktion gewinnen in erschreckender Weise immer weiter Oberhand. „Zeitenwende“ steht für den Beginn einer neuen Ära. Und es ist Aufgabe und Verantwortung aller, dass diese neue Ära nicht auf Hochrüstung, Leid und Krieg aufgebaut wird. In den Mittelpunkt gehört die Frage, wie der Frieden gewonnen, das Blutvergießen beendet werden kann.

Meine Damen und Herren,

viele Menschen blicken mit Sorge auf das zurückliegende Jahr und mit Sorge in die Zukunft. Es ist Realität: Menschen geraten zunehmend in Not. Wenn mehr als 2 Mio. Menschen und damit mehr als doppelt so viele wie im Jahr 2021 die Hilfe der Tafeln benötigen, dann spricht dies für sich, für eine enorm gewachsene soziale Ungleichheit, wie sie auch der jüngste Oxfam-Bericht einmal mehr deutlich anprangert. Von den Krisen und Kriegen profitieren wenige – in einem unfassbar hohen Ausmaß. Mit unserem Protest gegen diese massiven Verwerfungen stehen wir nicht allein, auch Gewerkschaften, Kirchen, Verbände und Organisationen fordern eine weitreichende Besteuerung von Krisengewinnen, um Armut, Ungleichheit und Klimakatastrophen zu bekämpfen – Ursachen von Krieg, Flucht und Zerstörung weltweit.

Meine Damen und Herren,

unter sehr schwierigen Bedingungen bringt die rot-rote Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern durch die stürmischen Zeiten und macht es zugleich fit für die Zukunft. Sie hat schnell und zielgerichtet ein ganzes Bündel an Maßnahmen ergriffen, um die ausgerufenen Zeitenwende mit den Menschen im Land zu meistern. Mit mehr als einer Mrd. Euro im Energiefonds haben wir nicht nur Instrumente der Krisenbewältigung auf den Weg gebracht, sondern auch Zukunftsinvestitionen für die Umstellung unseres Wirtschafts- und Energiesystems.

Eine halbe Mrd. Euro wird davon aus dem Landeshaushalt bereitgestellt – ein gewaltiger Kraftakt. Die Entscheidung des Bundes, die Heizkostenabschläge für Gas und Fernwärme im Dezember zu übernehmen, bedeutete für die allermeisten Verbraucher eine Atempause. Die Soforthilfe hat gut funktioniert. Zwar sind die Härtefall-Hilfen für Heizöl, Pellets, Flüssiggas und Kohle noch nicht endgültig geregelt, aber sie werden kommen. Die Landesregierung kämpft weiterhin um unbürokratische Pauschalzahlungen.

Auch hier wird es, wie angekündigt, Entlastungen geben. Ebenso Hilfen für die Hochschulen und Studierendenwerke sowie für alle Tafelausgaben im Land. Die Mittel aus dem Härtefallfonds kommen dort zum Einsatz, wo die Energiekrise soziale und andere Einrichtungen in existenzielle Bedrängnis bringt. Auch wenn wir bislang gut durch den Winter gekommen sind, müssen wir uns weiter anstrengen, Energie einzusparen und neue Quellen zu erschließen. In Lubmin ist vor wenigen Tagen ein LNG-Terminal in Betrieb gegangen, die Einspeisung ins Gasnetz funktioniert. Auch die Versorgung der Raffinerie Schwedt über den Hafen Rostock läuft. Das verschafft Luft, aber keine Verschnaufpause. Die Investitionen müssen sichern, dass LNG nur der Überbrückung dienen kann. Denn die Zukunft gehört dem Wasserstoff. Das ist die Chance für die wirtschaftliche Entwicklung im Land. Wir wollen nicht, dass Erneuerbare Energien nur abgeleitet oder Windkraftanlagen abgeschaltet werden, weil die Netze überlastet sind. Wir wollen die Wertschöpfung im Land bleibt. Und das ist mit der Wasserstofftechnologie machbar.

Wir nutzen die Chancen einer klugen Ansiedlungspolitik mit dem Ziel, dass sich Unternehmen dort ansiedeln, wo auch der Strom erzeugt wird. Und der muss selbstverständlich bezahlbar sein. Deshalb wird sich die rot rote Landesregierung weiter mit aller Vehemenz für eine solidarische Wälzung der Netzentgelte einsetzen.

Meine Damen und Herren,

wenn wir über Energiewende reden, müssen wir auch über die Verkehrswende reden. Wir haben mit dem Azubiticket, dem dreimonatigem Stresstest durch das 9-Euro-Ticket und der geplanten Einführung des Deutschlandtickets nebst Seniorenticket in der Tariflandschaft mehr erreicht als in den Jahrzehnten zuvor. Logisch, dass nicht alles von heute auf morgen wie geschmiert läuft. Wir wissen, dass das Nahverkehrsangebot beileibe noch nicht so aufgestellt ist, dass alle Menschen von den preisgestützten Tickets profitieren. Aber die Schelte des Kollegen Wulff von der FDP war unnötig. Herr Wulff, seien Sie versichert, mehr Bus und Bahn ist und bleibt das Ziel der rot-roten Koalition. Stichwort landesweites Rufbussystem, Digitalisierung des ÖPNV und die eine oder andere Verbesserung im Bahnangebot einschließlich zusätzlicher Saisonzüge, etwa von Berlin an die Ostsee. All das kostet viel Geld, sehr viel Geld. Es ist beschlossen, das Sondervermögen für den Schienenpersonennahverkehr schneller abzuschmelzen, um das Angebot auszuweiten. Und direkt an die FDP gerichtet: Sorgen Sie mit dem direkten Draht zum Bundesverkehrsminister dafür, dass die Regionalisierungsmittel weiter erhöht und auch die gestiegenen Energiekosten abgedeckt werden. Mehr Mittel bedeuten mehr Bus und Bahn, und dafür sollten Sie sich an der richtigen Stelle starkmachen.

Meine Damen und Herren,

vor einem Jahr war vieles, was uns nur wenige Wochen und Monate später vor besondere Herausforderungen stellte, überhaupt nicht absehbar. Tausende Kinder und Jugendliche flohen und fliehen zumeist mit ihren Müttern aus der Ukraine. Derzeit sind knapp die Hälfte der rund 12 000 Kinder und Jugendlichen nichtdeutscher Herkunftssprache geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine. Sie sind durch Krieg und Flucht oft traumatisiert und brauchen gute Betreuung. Die pädagogischen und organisatorischen Aufgaben sind so groß

wie nie zuvor. Dennoch sie werden von allen, die in Kita und Schule arbeiten oder für Kita und Schule Verantwortung tragen, eindrucksvoll und hoch engagiert gemeistert.

Dafür Respekt und Anerkennung!

Wir haben das bisher geschafft, ich bin zuversichtlich, wir schaffen das auch in Zukunft.

Meine Damen und Herren,

Rot-Rot bleibt nicht bei der Krisenbewältigung stehen. Wir kümmern uns mit der regionalspezifischen Arbeitsmarktanalyse und mit einer Fachkräftestrategie ganz konkret um eines der drängendsten Probleme der Unternehmen außerhalb der Energiepreisentwicklung – die Fachkräftesicherung und -gewinnung. Alles, was dazu beiträgt, angefangen von guter Kita, Schule, Aus- und Weiterbildung bis hin zu guten Löhnen sind Zukunftsinvestitionen. Und dies gilt gleichermaßen für die Förderung von Willkommenskultur und Weltoffenheit.